

tendenz



Zeitung der JungdemokratInnen / Junge Linke
A7408F-JD/JL Greifswalder Strasse 4 10405 Berlin

2 SCHWERPUNKT Neue Gesetze Neue Diskurse Neue Perspektiven	4 WIRTSCHAFT Müntefering Arm vs. Reich Studiengebühren	5 SICHERHEIT Bundeswehr Fußball-WM Grafitti	6 ANTI-FA Opfermythen Soziale Nazis Studentenverbindungen	7 GLOBAL ESF-Interview Bolkestein
--	--	---	---	--

“Du bist Deutschland”

Nationalismus: Jetzt auch in bunt



Am 26. September startete unter dem Titel “Du bist Deutschland” die größte

Kampagne zum Aufpolieren des Images Deutschlands seit Bestehen der Bundesrepublik. Rund 30 Promis aus Kino, Fernsehen, Literatur, Sport und Musik beteiligen sich – unbezahlt – an dieser Kampagne.

Organisiert wurde die Kampagne maßgeblich von der Bertelsmann AG unter Beteiligung von 24 weiteren Medienunternehmen, von Springer bis zur öffentlich-rechtlichen ARD im Rahmen der “Initiative für Innovation” – einem Zusammenschluss von Bundesregierung und vor allem deutschen Großunternehmen. An der mehr als 30 Millionen Euro teuren Aktion sind weiterhin verschiedene Medienagenturen und einige Unternehmen beteiligt. Bis Ende Januar wird die Kampagne mit Fernseh- und Kinospots, Anzeigen, Plakaten und der interaktiven Website www.du-bist-deutschland.de, unterstützt durch ein professionelles Pressebüro und die Organisation dezentraler Aktionen, durchgeführt.

“Du bist das Wunder von Deutschland...”

Mit diesen Worten beginnt das “Manifest”, das ein zentraler Baustein der Kampagne ist und – gesprochen von Promis – den Text des TV- und Kinospots abgibt, der allenthalben zu Primetime im deutschen Fernsehen ausgestrahlt wurde. Diese Zeile macht die Stoßrichtung der Kampagne deutlich: Mit einer beinahe schon mythisch anmutenden Lyrik soll Identifikation mit Deutschland hergestellt werden. Dieses Kampagnenziel verdeutlicht ein weiterer Baustein. In zahlreichen Anzeigen werden die Worte “Du bist ...” – und hier erscheint wahlweise der Name eines oder einer bekannten Deutschen, wie z.B.

Albert Einstein – mit Bildern alltäglicher Situationen kontrastiert, so dass sich eine jede mittels bekannter Persönlichkeiten mit dem eigenen Land identifizieren kann.

“Egal, welche Position du hast. Du hältst den Laden zusammen. Du bist der Laden...”

Doch die Identifikation ist nicht purer Selbstzweck. Eine weitere Botschaft der Kampagne ist, dass es gerade angesichts schwerer Zeiten notwendig sei, als Nation zusammenzuhalten. Hier darf die Toilettenfrau im Werbespot genauso zu Wort kommen wie der erfolgreiche Unternehmer oder Schauspieler – jede Deutsche ist Teil eines großen Ganzen. Dadurch wird versucht ein Zusammengehörigkeitsgefühl qua Nationalität zu erzeugen, das als Lösung aller gesellschaftlicher Probleme erscheint. Neben der Vorstellung, dass jeder es schaffen könne, wenn er sich nur anstrengt, tritt in der Kampagne ein dumpfer Nationalismus im frisch durchgestylten Gewand auf den Plan, mit dessen Hilfe manifeste gesellschaftliche Widersprüche verschleiert werden sollen.

“Geh runter von der Bremse...”

Der Zeitpunkt des Kampagnenstarts kann nicht verwundern. Nachdem die unter Rot-Grün durchgeführten arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Maßnahmen zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen vieler geführt haben und der Unmut darüber sich nicht zuletzt in Protesten und auch dem Ergebnis der letzten Bundestagswahl niedergeschlagen hat, ist der Kampagnenstart vor der neuen Regierungsbildung offensichtlich strategisch gewählt. Unter einer großen Koalition werden mutmaßlich die unter rot-grün begonnenen neoliberalen

Reformen konsequent fortgesetzt werden und vor allem durch weitere Verschärfungen im Sozialrecht und einer konsequent unternehmensfreundlichen Steuerpolitik die Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben forciert werden. Zudem sind massive Verschlechterungen im Arbeitsrecht zu erwarten, sowie ein weiteres Ansteigen der Deutschtümelei – innen- wie außenpolitisch. Gerade vor diesem Hintergrund stellt die Kampagne mit ihrem perfiden Nationalismus die perfekte

Rückendeckung für zu erwartende schwarz-rote Reformen dar, die die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinanderklaffen lassen werden – und diejenigen, die Kritik üben, werden als Bremsler diffamiert.



Und apropos Einstein: Einsteins Antrag auf Ausbürgerung aus dem preußischen Staatsverbund wurde 1934 abgelehnt, nur um ihn kurz darauf strafauszubürgern. Er lebte seitdem in den USA und ist bis zu seinem Tod 1955 nie wieder nach Deutschland zurückgekehrt. Einstein war zudem überzeugter Sozialist – und wegen einer solchen Kampagne hätte er wahrscheinlich ein zweites Mal die Ausbürgerung beantragt...

Alexander Wagner



Kommentar

Nicht alles anders, nur rechter

Endlich sind die Bundestagswahlen und der Bundestagswahlkampf überstanden. Nun sollte wohl eigentlich der von den Parteien versprochene „Fortschritt“ eintreten. Doch was folgt sind stagnierende Koalitionsverhandlungen, weil „der Wähler“ – glaubt man PolitikerInnen und Medien – schlecht oder falsch, sich vielleicht sogar ver-wählt hat. Und weil also der kleine Michel mit seiner Schlafmütze mal wieder alles falsch gemacht hat, müssen neue Lösungen her: Da greifen wir mal in den Zaubersack und siehe da, wie wäre es mit einem (simplen) Mehrheitswahlrecht nach dem Prinzip „the winner takes it all“. Da können dann auch nicht mehr alle mitspielen, schließlich reicht es doch wohl wenn man die Wahl hat zwischen zwei ParteikandidatInnen. Das mit dem Pluralismus im Parlament wird doch überschätzt und das Objekt Wähler ist damit eh überfordert.

Bleibt zu hoffen, dass diese Konzepte nicht politische Realität werden und ganz tief unten in den Schubladen bleiben. Schließlich ist die WählerIn ein eigenständiges Subjekt, das schon jetzt nur unter Einschränkungen seine Vertretung bestimmen kann. Trotz des Ergebnisses wird aber auch nach dieser Bundestagswahl (wie immer) eine neue Regierung ins Amt kommen: Eine große Koalition! Da sich beide Parteien schon in der Vergangenheit in der Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht so fern waren, kann der Sozialabbau mit Mehrheiten in beiden Kammern noch schneller beschlossen und umgesetzt werden. Grund- und Freiheitsrechte waren den Gebrüdern Schily/Beckstein schon lange Zeit ein Dorn im Auge und nun sind die Hürden, das Grundgesetz mal endlich ordentlich zu reformieren, deutlich gesunken. Denn schließlich gilt: Wer nichts getan hat, hat auch nichts zu verbergen und dem darf eine Rund-um-die-Uhr-Überwachung durch Geheimdienste und Polizei nichts ausmachen! Auch wenn es nicht ganz so schlimm kommen wird, ist eine weitere Aushöhlung der Bürgerrechte zu befürchten. Der schon seit längerem von der CDU/CSU geforderte Bundeswehreinsetzung im Inneren oder die Ausweitung der Datenspeicherungen im personenbezogenen und Kommunikations-Bereich erscheinen nur noch marginal verhinderbar. Dass sich bei der Terror-Bekämpfung schon die rot-grüne Gesetzgebung durch Rassismus auszeichnete, wird es für MigrantInnen in Deutschland nicht einfacher machen. Neben der hohen staatlichen Kontrolle, Überwachung und regelmäßigen Gängelung, erfahren sie Ausgrenzung im Alltag und besitzen keine wirklichen politischen Einflussmöglichkeiten.

Die europäischen Außengrenzen sollen die europäischen BürgerInnen vor MigrantInnen schützen – so scheint inzwischen die ungeschriebene Maxime der Migrationspolitik. Das bedeutet, dass das Recht auf Asyl massiv ausgehöhlt und die Möglichkeiten der legalen Zuwanderung für die Mehrzahl der MigrantInnen stark eingeschränkt wurden. Es steht zu befürchten, dass das bisher schon nicht gerade freiheitliche und emanzipatorische Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz der rot-grünen Regierung um weitere repressive Einschränkungen für MigrantInnen ergänzt werden wird. Wahrscheinlich mit vermeintlichen Argumenten der Sorte „Terrorbekämpfung“, denn schließlich ist ja jeder Nichtdeutsche ein potentieller Terrorist. Der Wahlkampf war von Debatten um Standortsicherung und neoliberalen Konzepten gekennzeichnet und in dieser Hinsicht werden sich die etablierten Parteien wohl an ihre „Wahlversprechen“ halten. Bleibt dafür zu sorgen, dass trotz alledem anti-rassistische, emanzipatorische und radikaldemokratische Forderungen auch nach dieser Wahl den Weg in die Öffentlichkeit finden.

Dana Lüddemann



Kommentar

Irgendwie anders deutsch

„Ahmet B. versteht die Welt nicht mehr. Vor einigen Tagen ist er mit seiner in der Türkei geheirateten Frau bei der deutschen Botschaft in Ankara gewesen, um für sie ein Einreisevisum für Deutschland zu beantragen. Als er die Heiratsurkunde, weitere Unterlagen und seinen deutschen Pass vorlegt, wird der Botschaftsmitarbeiter plötzlich stutzig. Seinen schönen roten EU-Pass hat Herr B. nicht wiederbekommen, [...]“

Herr B. ist der tragische Held einer Broschüre des Bundesinnenministeriums mit dem Titel, „Plötzlich nicht mehr deutsch?“. Plötzlich nicht mehr deutsch sind zahlreiche Bürgerinnen und Bürger ausländischer Herkunft. Die Angaben schwanken zwischen 50.000 und 100.000 Menschen. Betroffen sind vor allem Deutsche türkischer Abstammung, hier geht man allein von 48.000 aus.

Ursache des Problems ist die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts zum 1. Januar 2000. Zur Erinnerung: 1998 wollte rot-grün ein neues, besseres Staatsbürgerschaftsrecht vorlegen. Eine Jahrhundertreform sollte es werden: Schluss mit dem Blutrecht, wonach nur Deutscher sein darf, wer von deutschem Blute ist, und auch der Doppel-Pass sollte her, das Recht also, seine ursprüngliche Staatsbürgerschaft zu behalten und trotzdem Deutscher zu werden.

Die Revolution blieb aus – Roland Koch scharfte mit der Unterschriftenkampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft alle RassistInnen um sich und obgleich Rot-Grün in der Folge immer wieder eindrucksvoll demonstrierte, dass sie jeden außerparlamentarischen Protest aussitzen können, hatten sie damals das Ohr am Puls der Bewegung.

Als der Bierdunst der Stammtische verzogen war, präsentierte die Bundesregierung ein Staatsbürgerschaftsrecht, das wenig besser aber vieles schlechter machte. Drastisch ist die neue Regelung zur doppelten Staatsbürgerschaft. Hieß es bis dahin, „Ein Deutscher, der im Inland weder seinen Wohnsitz noch seinen dauernden Aufenthalt hat, verliert seine Staatsangehörigkeit mit dem Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit, wenn dieser Erwerb auf seinen Antrag (...) erfolgt“, wurde im neuen Gesetz die Inlands Klausel gestrichen.

Jetzt gilt, jeder Deutsche, der ohne die Erlaubnis deutscher Behörden ein andere Staatsangehörigkeit beantragt und nach dem 1. Januar 2000 erlangt hat, ist von diesem Tage an kein Deutscher mehr und zwar egal, ob er in Deutschland lebt oder nicht. Will er weiterhin hier leben, benötigt er eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis. Das einzige Problem, dass die deutschen Behörden jetzt noch haben, ist zu ermitteln, wer noch Deutscher ist und wer nicht. Der Bundesinnenminister Schily hat bei der türkischen Regierung angeklopft und verlangt Auskunft. Sie soll einfach eine Liste rüberschicken und all diejenigen Deutschen bekannt geben, die in den letzten Jahren die türkische Staatsbürgerschaft beantragt haben. Bis dahin ist Kreativität gefragt: In Hamburg wurden im Juni ca. 6000 türkischstämmige HamburgerInnen angeschrieben und aufgefordert, ihren staatsbürgerlichen Status offen zu legen. Angeblich geht es darum, die Wählerverzeichnisse vor der Bundestagswahl auf den neuesten Stand zu bringen. Wer auf die Anfrage nicht antwortet, so die Ankündigung der Innenbehörde, wird aus dem Wählerverzeichnis gelöscht und als TürkinInnen weitergeführt. Dann ist man vielleicht noch deutsch, aber wählen darf man erstmal trotzdem nicht – irgendwie halt anders deutsch.

Felix Stumpf

Recht auf Legalisierung Ohne Papiere Rechtlos

In Deutschland leben ungefähr eine Millionen MigrantInnen ohne Papiere. Ohne Papiere zu sein, bedeutet beispielsweise, dass jede kleine Krankheit zum Problem werden kann und keinerlei Recht auf Schutz vor Ausbeutung oder

Lohnraub durch ArbeitgeberInnen besteht, weil man immerzu von Entdeckung und Abschiebung bedroht ist. Es gibt viele Wege in die Illegalität, und sie alle fußen auf dem repressiven Migrationsregime in Deutschland.

Trotz der immer lückenloser werdenden Abschottung der Festung Europa und der engen Möglichkeiten zu

Erwerbung eines regulären Aufenthaltstitels findet selbstverständlich Migration statt und die Grenzen werden trotz Schengen mithilfe unabhängiger Netzwerke tagtäglich überschritten.

Die meisten der „illegalen“ MigrantInnen kommen nicht rechtlos in dieses Land, sondern werden entrechtet und illegalisiert. Regelmäßig werden MigrantInnen durch die repressiven ausländerrechtlichen Bestimmungen in die Illegalität gedrängt: Etwa durch Scheidungen von ihren deutschen EhepartnerInnen, durch Ablehnung ihres Asylgesuchs oder durch den Verlust des Aufenthaltstitels durch Inanspruchnahme sozialer Leistungen, Verletzung der Residenzpflicht oder anderer rassistischer Sondergesetze.

Illegal leben und arbeiten

Ohne reguläre Papiere in Deutschland zu leben bedeutet, dass jeder Schritt im falschen Moment zu einer Entdeckung führen kann: Nonkonformes Verhalten wie Schwarzfahren, Verwicklung in Unfälle und die tagtäglich rassistischen Kontrollen von Polizei und Bundesgrenzschutz an Bahnhöfen, in Zügen und in Fußgängerzonen können jederzeit zur Abschiebung führen.

In der Illegalität zu leben bedeutet unter anderem auch, keine regulären Jobs oder Wohnungen annehmen zu können, und aus dem Bildungssystem ausgeschlossen zu sein. Die meisten illegalisierten MigrantInnen sind gezwungen, unqualifizierte Arbeiten anzunehmen, die von deutschen ArbeitnehmerInnen verschmäht werden. Viele illegalisierte Frauen machen beispielsweise schlecht bezahlte „Putz-Jobs“. Illegalisierte anzustellen kommt ArbeitgeberInnen auch zugute, da sie nicht so viel Lohn fordern können und vermeintlich rechtlich auch keine Möglichkeit haben, diesen bei Lohnraub einzufordern. An diese

irregulären Jobs ist außerdem auch die fehlende Möglichkeit geknüpft, sich in irgendeiner Form zu versichern. Durch die auf der repressiven Migrationspolitik Deutschlands basierende Illegalisierung entsteht ein Raum, in dem Kapitalismus in seiner Reinform funktionieren kann: Ohne soziale Rechte und Gewerkschaften, auf die man sich stützen kann.

Illegalisierung staatlich produziert

Von staatlicher Seite wird dieses Problem entweder komplett ausgeblendet oder höchstens in Verquickung mit der Bekämpfung des „Menschenhandels“ und der „Schlepperbanden“ medienwirksam aufgegriffen. Hierbei geht es PolitikerInnen jedoch nicht darum, die Situation von Illegalisierten zu verbessern, sondern die rassistische Abschottung Deutschlands und Europas weiter voranzutreiben.

Der Kampf um das Recht auf Legalisierung geht jedoch über die punktuelle (Stichtags-) Legalisierung der papierlosen MigrantInnen hinaus. Von Illegalisierung können alle hier lebenden Menschen ohne deutschen Pass betroffen sein, da die Grenzen zwischen „illegal“ und „legal fließend“ sind. Daher geht es auch um die Abschaffung der ökonomischen Ausbeutung und Hierarchisierung von MigrantInnen im Arbeitsmarkt und die Beendigung der Entrechtung von MigrantInnen durch rassistische Sondergesetze gehen. Das Recht auf Legalisierung muss daher auch die Forderung nach sozialen und politischen Rechten unabhängig vom Aufenthaltsstatus beinhalten.

Stefanie Mielast

Migrations- und Flüchtlingspolitik Reformruine Zuwanderungsgesetz: moderne Fassade – marode Substanz

Fast vier Jahre hat die ehemalige rot-grüne Bundesregierung zunächst informell, dann formell mit der CDU/CSU über das Zuwanderungsgesetz verhandelt. Vom ursprünglichen Reformimpuls zur Gestaltung eines modernen Einwanderungsrechts ist am Ende wenig übrig geblieben. Das seit dem 1. Januar 2005 geltende Zuwanderungsgesetz ist weit davon entfernt, den viel beschworenen Paradigmenwechsel in der Einwanderungspolitik herbeizuführen.

Zwar hat das Reformwerk den rechtlichen Rahmen für die „Ausländerpolitik“

Flüchtlingsschutz

Immerhin wurde im Flüchtlingsrecht die Verletzung der Genfer Flüchtlingskonvention in der deutschen Asylpraxis mit der Anerkennung nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung teilweise beendet. Flüchtlinge aus zerfallenden Staaten, wie z.B. Somalia, deren Asylanträge bislang abgelehnt wurden, müssen nun anerkannt werden.

Hoffnungen, dass sich der Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland zukünftig grundlegend verbessert, sind aber trotzdem unbegründet. Strategien zur Flüchtlingsabwehr finden längst

Herkunftsregionen von Flüchtlingen zu verlagern. Dieses Ziel verfolgte auch der damalige Bundesinnenminister Schily, der Ende Juli 2004 der EU vorgeschlagen hat, Flüchtlingslager in Nordafrika einzurichten. Nicht nur die beabsichtigte Auslagerung des Flüchtlingsschutzes ist ein Angriff auf den internationalen Flüchtlingsschutz – auch im Innern ist die Gangart gegenüber Flüchtlingen härter geworden. Schily lässt seit zwei Jahren zehntausenden anerkannten Flüchtlingen den Flüchtlingsstatus wieder entziehen – betroffen sind vor allem Iraker und Kosovo-Flüchtlinge. Die Entrechtung von bereits anerkannten Flüchtlingen ist eine neue Waffe im Kampf gegen Flüchtlinge. Die Flüchtlinge verlieren ihren Schutzstatus – im schlimmsten Fall werden sie in den Verfolgerstaat abgeschoben. Der Bruch der Genfer Flüchtlingskonvention wird hierbei in Kauf genommen – nicht das erste Mal.

Einwanderungsland Deutschland?

In der Migrationspolitik hat die Debatte um das Zuwanderungsgesetz immerhin dafür gesorgt, dass mit einer Lebenslüge bundesrepublikanischer Politik aufgeräumt wurde: Die Tatsache, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, wird nicht länger bestritten. Dieser ideologische Sieg ändert jedoch nichts daran, dass bei der zukünftigen „Steuerung der Zuwanderung“ die Begrenzung im Vordergrund steht. Faktisch vereinfacht das neue Gesetz nur für wenige privilegierte Gruppen die Einwanderungsmöglichkeiten: für Hochqualifizierte (mit einem Monatseinkommen von ca. 7.000 Euro) und Selbständige (ab 1 Mio. Investitionsvolumen). Tatsächlich wurden so gut wie keine neuen Einwanderungsmöglichkeiten geschaffen, die nicht zuvor durch Ausnahmeregelungen ohnehin schon bestanden hätten.

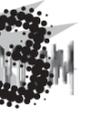
Das Zuwanderungsgesetz setzt nach wie vor auf Abwehr und repressive Strategien. Ein Perspektivwechsel in der Migrationspolitik ist verpasst worden.

Marei Pelzer (Pro Asyl)



gründlich durcheinander gewirbelt und das Ausländergesetz durch das neue Aufenthaltsgesetz ersetzt. Die neue Fassade ist aber nur äußerlich modern – die marode Substanz des Gesetzes ist dem alten vordemokratischen Abschottungsdenken verhaftet.

jenseits der Gesetze statt. Die Europäische Union forciert schon seit Jahren eine lückenlose Grenzabschottung ihres Territoriums. Die gemeinsame restriktive Visapolitik gegenüber fast allen Herkunftsländern verunmöglicht es Flüchtlingen zudem, nach Europa zu fliehen. Einher geht diese Abschottung mit politischen Vorstößen, den Flüchtlingsschutz in



Rassistische Sondergesetze Unter Generalverdacht

Die Anschläge in London haben auch in Deutschland der Diskussion um die Innere Sicherheit Auftrieb gegeben. So warnte der damalige Innenminister Schily nach den Anschlägen von London vor möglichen Anschlägen durch „Islamisten in Deutschland“ und seine Sorge, dass sich „in Europa aus der Einwanderergeneration Terrorgruppen bilden, die al-Quaida zumindest ideologisch nahe stehen“ schürte ein Klima der Angst und der rassistischen Stimmung vor allem gegen Muslime.

Schon in den 2001 verabschiedeten Sicherheitspaketen wurden neben der Ausweitung der Kompetenzen des Bundeskriminalamtes (BKA) und des Bundesgrenzschutzes (BGS), eine verstärkte Vernetzung der Geheimdienste und Sicherheitsapparate und die faktischen Abschaffung des Datenschutzes ein ganzes Arsenal rassistischer Sondergesetze eingeführt, die allein das Nicht-Deutsch-Sein zu einem auslösenden Moment für eine lückenlose Überwachung durch sämtliche deutsche Behörden machten.

1984 im Jahr 2001

Bereits nach den Anschlägen auf das World Trade Centre im Herbst 2001 zielten die eingeleiteten Anti-Terror Maßnahmen darauf ab, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung einzuschränken. Angefangen hat dies kurz nach den Anschlägen mit der Rasterfahndung an deutschen Universitäten, die vor allem Menschen muslimischen Glaubens unter Generalverdacht stellte. Als Kriterium diente „vermutlich islamische Religionszugehörigkeit und vermutlich legaler Aufenthaltsstatus in Deutschland“. Damit gerieten gerade gesetzestreue Bürger ins Visier der Fahnder.

Das schon vor 2001 bestehende Ausländerzentralregister (AZR) wurde mit den Sicherheitsgesetzen weiter ausgebaut und die Vorratsdatenspeicherung von Fingerabdrücken – bis dahin praktiziert „nur“ bei Flüchtlingen – auf alle Nichtdeutschen ausgeweitet. Den Sicherheitsbehörden wurde neben Sozialbehörden und Ausländerbehörden ein automatisierter Zugriff auf das AZR ermöglicht. Damit sind Nichtdeutsche jederzeit Gegenstand von behördlichen, polizeilichen und geheimdienstlichen Ermittlungen und Erhebungen. Einen Auskunftsanspruch (anders als bei Deutschen) darüber was gespeichert wurde und ob das rechtmäßig ist, besteht nicht. Nichtdeutsche wurden somit zum Prototyp des „gläsernen Menschen“.

„Informationsaustausch in Echtzeit“ wird laut Bundesinnenministerium möglich durch das im Dezember 2004 in Berlin eingerichtete „Terrorabwehrzentrum“, in dem das Bundeskriminalamt, der Verfassungsschutz, der Bundesnachrichtendienst, die Kriminal- und Verfassungsschutzämter der Länder, der Bundesgrenzschutz, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie der Militärische Abschirmdienst zusammenarbeiten. Die prinzipielle Trennung von Polizeibehörden und Geheimdiensten ist in keiner Weise mehr gewährleistet. Um zu erahnen, wo das hinführt, muss nicht einmal das Geschichtsbuch aufgeschlagen werden:

Biometrie: an MigrantInnen erprobt – jetzt für alle

Die Tatsache, dass die gegen MigrantInnen – insbesondere solchen aus kulturell muslimischen geprägten Regionen – eingeleiteten Maßnahmen auch jeden andern treffen können, lässt sich beispielhaft an der Einführung der neuen Reisepässe nachvollziehen. Bereits das Terrorbekämpfungsgesetz von 2001 sah die Aufnahme von Fingerabdrücken und anderen biometrische Daten in Pässe und Ausweisepapier vor. Dies wird nun EU-weit für alle Reisepässe vorgesehen und zum 1. November in Deutschland eingeführt. Es besteht die Gefahr einer damit verbundenen staatlichen Speicherung biometrischer Daten der gesamten Bevölkerung. MigrantInnen werden zusätzlich diskriminiert: Im Gegensatz zu Deutschen sind die Daten von MigrantInnen und Flüchtlingen nicht an den Zweck der Identitätsfeststellung gebunden, sondern können von allen Behörden verwendet

und weitergegeben werden. Außerdem haben sie – anders als Deutsche – keinerlei Recht zu erfahren, welche Daten von Ihnen wo gespeichert sind.

Abschiebung auf Verdacht

Seit 2001 kann Nichtdeutschen unter anderem die Einreise nach Deutschland bei einer vermuteten „Gefährdung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung (fdgo)“ verweigert werden. Bei der „Gefährdung der fdgo“ handelt es sich um einen politischen Kampfbegriff mit langer Geschichte: Schon zu Zeiten der Verfolgung der KPD in den 50er Jahren und der Berufsverbote in den 70er Jahren erfreute er sich trauriger Berühmtheit, denn schon damals lud die Bezugnahme auf die fdgo zu Behördenwillkür und politischer Justiz ein. Eine Gefährdung der fdgo wird mitunter schon dann unterstellt, wenn die politischen Überzeugungen des Betroffenen nicht denen der offiziellen Regierungspolitik entsprechen.

Die Anti-Terrorgesetze erlauben seit 2001, auch solche „Islamisten“ auszuweisen, die der Unterstützung terroristischer Vereinigungen verdächtig (!) sind. Auch hier gilt offensichtlich nicht der Grundsatz „im Zweifel für“, sondern „im Zweifel gegen“ den Beschuldigten. Vor allem Bayern macht vom Instrument der „Verdachtsausweisung“ weiten Gebrauch. Gut 50 sog. „Top-Gefährder“ will das Land derzeit loswerden, 12 von ihnen wurden bereits abgeschoben. Außerdem wurde die identitätsichernde Sprachanalyse zur Bestimmung der Herkunftsregion von Asylsuchenden eingeführt, womit dem lange gehegten Wunsch nachgekommen wurde, Asylsuchenden mit Spracherkennungsmethoden nachzuweisen zu können, aus welchem Land sie „wirklich“ kommen, um sie im Zweifel besser abschieben zu können. All dies hat mit Terrorismusbekämpfung wenig zu tun, sondern ist die fortgesetzte Abschottung der Burg Deutschland in der Festung Europa. Die Änderungen im Ausländer- und Asylrecht sprechen eine deutlich rassistische Sprache und taugen nicht dazu, Sicherheit zu gewinnen, sondern verstärken pauschale Verurteilungen und rassistische Ressentiments in der Bevölkerung.

Permanenter Kriegszustand

Politik und Medien operieren seit dem 11. September 2001 unter einem permanenten diskursiven Kriegszustand. Dieser Diskurs erklärt den Ausnahmezustand zur Normalität und macht geltend, dass angesichts der neuen Herausforderungen Grundrechte und Freiheitsrechte nicht mehr zu halten seien. Dabei wird ein Szenario konstruiert, das prinzipiell MigrantInnen aus islamisch geprägten Staaten des Terrorismus bezichtigt oder verdächtigt. Vor allem ihnen wird das Recht auf Schutz vor Zugriffen des Staates und seiner Datensammelwut aberkannt. Es ist zu erwarten, dass sich diese Tendenz unter einer CDUgeführten Großen Koalition und im Nachgang der Anschläge von London und Madrid noch weiter verschärfen wird.

Sharon Weingarten & Danny Butter

Kommentar

Neorassistische Selbstverständigungen

Geht man vom Alexanderplatz gen Süden müssen sie irgendwann auftauchen. In Frankfurt verbergen sie sich in den Straßenschluchten zwischen Hauptbahnhof und Bankentürmen, wo es keinen „anständigen“ Menschen hinverschlägt. Irgendwo hinter den Schildern in arabischer Schrift müssen dort in den Hinterhöfen – wie in Kreuzberg und sicher unzähligen anderen Orten – die geheimen Zentren der muslimischen Parallelgesellschaften liegen.

Nicht nur PolitikerInnen von Beckstein (CSU) bis Marieluise Beck (Grüne) wissen um deren Gefährlichkeit für unsere Demokratie. Beckstein würde sagen: unsere demokratische Leitkultur. Denn diese Wahrnehmung findet mittlerweile Rückhalt im alltäglichen Sprachgebrauch, gefördert durch vielerlei Medienbeiträge vermeintlicher Islamexperten, die begrifflich kaum noch zwischen „Moslem“, „gläubigem Moslem“, „Islamist“ und „Terrorist“ unterscheiden. So behaupteten Konservative spätestens seit der Ermordung des niederländischen Filmemachers Theo Van Gogh offen, dass von „dem Islam“ eine Gefahr für das friedliebende Christentum ausgehe. Nicht wenige fordern gar eine ethnisch und kulturell homogene Gesellschaft, indem sie das „Ende des Multikulturalismus“ ausriefen. In abgewandelter



Form reicht dieser Trend bis ins links-liberale Spektrum hinein: Leicht skandalisierbare Fälle von Ehrenmorden werden beispielsweise zu „islamischen“ Verbrechen deklariert und als bezeichnend für den Charakter vermeintlicher Parallelgesellschaften eingestuft. Dass diese entsetzlichen Morde vor allem einen traditionellen Hintergrund, also nichts mit dem Islam zu tun haben, geht in den öffentlichen Reaktionen meist unter. Zudem wird (fälschlicherweise) eine Abwesenheit patriarchaler Gewalt in der eigenen „abendländischen“, „liberalen“ oder „linken“ Kultur behauptet. Die vermeintlich kollektive patriarchale Gesinnung der „Islamisten“ wird dann als Argument herangezogen, warum Integration, Einbürgerung oder schlicht antirassistische Arbeit bezüglich dieser Gruppe problematisch sei. Auch das Tragen des Kopftuchs gilt in ähnlicher Weise schnell als Zeichen der Unterdrückung der Frau im Islam. In die eigenen Normalitätsvorstellungen passt dabei jedoch nicht, dass das Kopftuch individuell auch nach einer aktiven Auseinandersetzung mit eigenen Traditionen, als Schutz vor männlichen Blicken oder schlicht als modisches Accessoire getragen werden kann.

Worum geht es also in diesem Diskurs? Klar sollte sein, dass es Parallelgesellschaften im eigentlichen Sinne des Wortes, dass sich näm-

lich eine gesellschaftliche Gruppe weitgehend unabhängig vom Rest der Gesellschaft reproduziert, in Deutschland nicht gibt. Gemeint könnten also höchstens islamische Subkulturen sein. Im Gros der öffentlichen Stellungnahmen wird jedoch „der Islam“ ohne Rücksicht auf die reale Vielfaltigkeit islamischer Subkulturen mit einem Satz negativer Eigenschaften belegt. Gleichzeitig wird unsere „christlich-abendländische Wertegemeinschaft“ als demokratisch, emanzipiert, friedliebend, etc. mit positiven Attributen belegt und in den Himmel gehoben. Insofern dient die Rede von „islamischen Parallelgesellschaften“ vielmehr dazu, in unserer Gesellschaft zweifellos vorhandene patriarchale, militaristische, antidemokratische Tendenzen auf die fremde islamische Kultur zu projizieren und damit gleichzeitig ein positives Selbstbild der eigenen „demokratischen Leitkultur“ herzustellen. Passt sich „der Islam“ nicht an den Wertekanon der Leitkultur an, so lautet ferner die Botschaft, hat er in Deutschland und Europa nichts zu suchen. Der Diskurs enthält zusätzlichen politischen Zündstoff, da mit der Religionszugehörigkeit immer auch eine ethnische Zuordnung (als „Araber“) vorgenommen wird. Man kann dies am besten als eine islamophobe Haltung beschreiben, da einerseits xenophobe

Ressentiments transportiert werden, und der Begriff insbesondere den irrationalen („phobischen“) Charakter der Kritik am Islam zum Ausdruck bringt. Generell ist Kritik an islamischen Gesellschaftsstrukturen natürlich nicht verboten und teilweise sogar angebracht, sofern sie nur rational und nicht verallgemeinernd oder zuschreibend argumentiert.

Dadurch wird die Frage, wer der (politischen) Gemeinschaft noch zugehörig ist bzw. als Staatsbürger angesehen wird, durch eine ethisch-religiöse Gruppenzugehörigkeit bestimmt. Mit dem Rückgriff auf kulturelle und unterschwellige ethnische Kriterien hat der Diskurs also durchaus neo-völkischen Züge. Während angesichts der fortschreitenden Europäisierung deutschstämmelnden Rassismen ein gewisser Anachronismus anhafet, ist der islamophobe Rassismus dabei durchaus 'modern'. Der Bezug auf eine christlich-abendländische Wertegemeinschaft verweist quasi schon begrifflich auf ein europäisches Gemeinwesen. Schlimmstenfalls entsteht hier ein von letzten nationalstaatlichen Kulturalismen und Biologismen gereinigter europäischer Rassismus, der fortan grenzüberschreitend diskursiv wirksam werden kann.

Thomas Balzer

Es gibt Alternativen.

Kompetent. Kritisch. Unentbehrlich.

In den Blättern liest Du querströmige Analysen und Kommentare in einer Qualität, die für sich spricht. Die Blätter sind die meistabonnierte politisch-wissenschaftliche Monatszeitschrift im deutschen Sprachraum.

Unverzichtbar für Studium, Beruf & Politik

Jeden Monat 128 Seiten Artikel und Stellungnahmen renommierter Autorinnen und Autoren zum aktuellen Zeitgeschehen in Deutschland, Europa und der Welt – entscheide selbst, ob Dich die journalistische Unabhängigkeit der Blätter überzeugt.

Einfach mal auf Probe „blättern“!

Bestell einfach ein Probeabo: zwei Hefte unverbindlich für zehn Euro; die Portokosten übernehmen wir. Und bei anschließendem Aboabzug erhältst Du unsere Archiv-CD – und damit fünfzehn Jahre Blätter – kostenlos!

www.blaetter.de

Blätter für
deutsche und
internationale
Politik

Ich bestelle ein
 Einzelheft: 11/05 (8,50 €)
 Probeabo (10,- €)
 Hefte 11 und 12/05
 Abo: (70,80 €)
 (54,60 € Mindestpreis)
 kostenloses Probeheft

Name _____
 Straße _____
 Ort _____
 Unterschrift _____

Glosse

Münze goes Marx

Vor der NRW-Wahl im Mai äußerte sich SPD-Chef Franz Müntefering vor GenossInnen der Programmkommission seiner Partei empört über Finanzmärkte und die Macht des Kapitals. Seinem Unmut über die modernen Verhältnisse, der mittlerweile sogar im FAZ-Feuilleton zu finden ist, machte Münze Luft, indem er spekulative US-amerikanische Investmentfonds mit einer Heuschreckenplage verglich, die über – vor allem deutsche – Unternehmen herfallen. Mehr WählerInnen hat dieses Manöver effektiv nicht gebracht.

Kaum war dieses bilderreiche Gejammer heraus, schon stiegen Andere in die Pseudodebatte über „Kapitalismus“ ein. Ex-Minister Clement (SPD) forderte einen „modernen Patriotismus“ statt Flucht deutscher Unternehmen ins Ausland. Die damalige Vizechefin der SozialdemokratInnen Ute Vogt meinte, KonsumentInnen sollten bei ihren Kaufentscheidungen berücksichtigen, ob die Unternehmen in Deutschland für Arbeitsplätze sorgen oder nicht. Arbeitgeberpräsident Dieter Hund fand die ganze Angelegenheit „zum Kotzen“. Münzefering sah die SPD als „Schutzmacht der Anständigen, der anständigen Unternehmer und der anständigen Arbeitnehmer“. Anständig oder nicht, die Argumentation ist falsch: Erst wird das raffgieriger amerikanische Finanzkapital angeklagt und dann das deutsche, Arbeitsplatz schaffende Unternehmertum in die nationalistische Pflicht genommen. Dabei handeln Unternehmen nicht nach SPD-Moral, sondern maximieren ungehindert ihre Profite. Das können sie international tun, denn neoliberale Globalisierung ist nicht erst seit gestern Programm europäischer Regierungen. Kritik an Münzefering gab es noch aus anderer Richtung: Mit antijüdischer Hetze der Nazis verglich der Münchener Historiker Wolffsohn das Heuschreckenbild. Zwar liegt Wolffsohn richtig, dass der Vergleich von Finanzunternehmen mit gefährlichen Tieren einer Reihe problema-

tischer – und vor allem falscher – Kritiken Tür und Tor öffnet. Doch hat Münzefering noch nichts explizit Antisemitisches gesagt: Nur der erkennbare Bezug auf ein imaginiertes jüdisches Wesen ist antisemitisch, auch wenn jede Steilvorlage problematisch genug ist. Die Redaktion des IGM-Magazins „metall“ titelte „US-Firmen in Deutschland – Die Aussauger“ und einer riesigen in stars and stripes gekleideten Mücke. Amerikanische „raffende“ Finanzinvestoren werden hierbei deutschen „schaffenden“ Unternehmen gegenübergestellt. In dieser Gewerkschaftszeitung ist der Antiamerikanismus ausformuliert, der Antisemitismus angelegt.

Wer Kapitalismus kritisieren will, sollte das auf eine Weise tun, die keine Identifizierungsmöglichkeiten für Antiamerikanismus und Antisemitismus bietet. Die politische Ökonomie muss als Ganzes begriffen werden, auch wenn mensch beim Bier drüber quatschen kann, wie gemein doch Alle sind. Im Kapitalismus werden Ausbeutung, Herrschaft und Krisen nicht durch einzelne Willensakte, sondern durch sozio-ökonomische Strukturen immer wieder hervorgebracht. Es wäre schön, wenn eine Kritik an Massenentlassungen, hohen ManagerInnengehältern und spekulativer Investitionspolitik in Forderungen nach Wertschöpfungsabgaben und internationalen Gewerkschaften münden würden. Falsch aber ist ein Standortnationalismus, der deutsche Beschäftigte gegen polnische ausspielt, denn beide sind schließlich in gleicher Weise davon abhängig, ausgebeutet zu werden. Literaturtipp: Karl Marx, Das Kapital

Nils Matzner

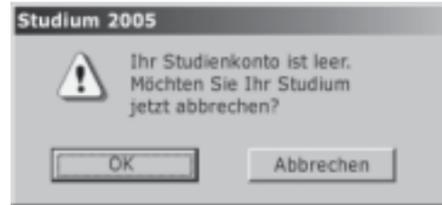
Aktuelles zu Studiengebühren Summer of Resistance

Durch ihre Entscheidung am 26. Januar 2005 haben die Richterinnen und Richter am Bundesverfassungsgericht das gebührenfreie Erststudium zur Disposition gestellt. Daraufhin verkündeten die unionsgeführten Bundesländer, dass sie so schnell wie möglich Erststudiumsgebühren einführen würden.

Aus heutiger Sicht betrachtet, kam diese Ankündigung deutlich zu früh. Schließlich war die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts keine Aussage darüber, ob Studiengebühren eingeführt werden sollen oder nicht. Lediglich die Entscheidungskompetenz über die Gebührenfreiheit des Studiums hat sich vom Bund auf die Länder verlagert. Mit dem Aus für das gebührenfreie Erststudium im Hochschulrahmengesetz werden nicht automatisch Studiengebühren eingeführt. Der damit offene politische Entscheidungsprozess bietet noch die Möglichkeit der Einflussnahme. Diese Möglichkeit kann und sollte genutzt werden. Der „Summer of Resistance“ der letzten Monate war dazu ein guter Auftakt:

Trotz aller Widrigkeiten waren mehrere Tausend bereit, für die Forderung nach einem gebührenfreien Studium zu protestieren: Nachdem an der Universität Hamburg zu Beginn des Sommersemesters die größten Proteste stattfanden, folgten andere Hochschulen: Protestcamps in Duisburg, Regensburg und Dortmund, Demonstrationen in Stuttgart, Potsdam und Würzburg, Rektoratsbesetzungen in Freiburg, Hildesheim und Lüneburg. Als Reaktion darauf rudern die BildungspolitikInnen der Länder zurück: In Baden-Württemberg will man die Studiengebühreneinführung lieber erst nach dem Landtagswahlkampf angehen und in NRW wurde der CDU im Wahlkampf von ihren ManagerInnen empfohlen, das Thema besser nicht aufzugreifen. Die neue Landesregierung hat die

Einführung nun weiter aufgeschoben. Auch in Bayern wird der geplante Termin für die Einführung immer weiter nach hinten verschoben. Diese Beispiele zeigen, dass der Protest gegen Studiengebühren mindestens einen Aufschub bedeuten kann und deshalb weitergeführt werden muss. Dafür ist eine starke bundesweite Vernetzung notwendig, die die Proteste gegen dieses unsoziale und undemokratische Vorhaben in den Kontext der allgemeinen Sozialproteste stellt.

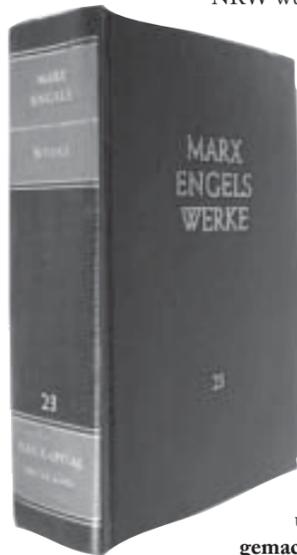


Es geht bei Studiengebühren nicht nur um „ein paar Hundert Euro“. Stattdessen werden Studiengebühren ein bereits selektives Bildungssystem um ein gutes Stück selektiver machen und damit das Grundrecht auf Bildung weiter einschränken. Werden Darlehen angeboten, droht eine soziale Abschreckung durch

den erwarteten Schuldenberg nach dem Studium. Bei Stipendienvergabe muss eine Auswahl getroffen werden. Wie die bisherige Erfahrung z.B. bei Auswahlverfahren zu Studienbeginn zeigt, ist jede Auswahl immer auch eine soziale Auswahl.

Die Debatte um die Einführung von Studiengebühren reiht sich ein in einen Prozess der Entdemokratisierung von Bildung. Weitere Aspekte sind die massive Einschränkung von Studienmöglichkeiten im Zuge der Umsetzung des Bologna-Prozesses oder die immer strikteren Vorgaben zur Studienorganisation. Ziel ist es, nicht nur abzuwehren, sondern für ein anderes Bildungssystem und für eine soziale und demokratische Gesellschaft zu streiten: eine Gesellschaft, in der allen Menschen ein selbstbestimmtes Lernen, Arbeiten, Faulenzen und Leben jenseits der Zwänge der kapitalistischen Wirtschaftsordnung möglich ist.

Nele Hirsch



Reichtumsentwicklung Reichtum. Macht. Armut

Sieben Jahre so genannte Mitte-Links-Regierung haben die Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland noch weiter vergrößert. Der von der rot-grünen Bundesregierung in Auftrag gegebene zweite Armuts- und Reichtumsbericht 2004 hat deutlich gemacht, dass dabei nicht mehr nur Erwerbslose, Alleinerziehende und kinderreiche Familien von Armut betroffen sind.

Armut trotz Erwerbstätigkeit nimmt auch in Deutschland immer weiter zu. Beschäftigte, die nicht über ausreichende schulische Bildung, Aus- und Weiterbildung verfügen, laufen stärker als früher Gefahr, dauerhaft aus dem Arbeitsleben und damit von einer zentralen Voraussetzung für Teilhabe ausgeschlossen zu sein – und mit ihnen auch ihre Familien. Außerdem ist das, was man an bei eintretender Erwerbslosigkeit an staatlicher Unterstützung bekommt, so wenig, dass Armut weder vermieden noch bekämpft wird. Sollten Erwerbslose ihren Gürtel noch enger schnallen, würden sie ersticken.

Steuergeschenke für die Reichen

Frische Morgenluft schnupern seit dem rot-grünen Regierungsantritt die vermögendsten 10 Prozent der Gesellschaft. Sie besitzen heute 47 Prozent des gesamten Nettovermögen, die unteren 50 Prozent hingegen nur 4 Prozent. Eine weitere Öffnung dieser Schere zwischen Arm und Reich wurde mit der Senkung des Spitzensteuersatzes und der anhaltenden Reduzierung des Anteils der Gewinnsteuern (Vermögenssteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und veranlagte Einkommenssteuer) am Gesamtsteueraufkommen erreicht. Die Wohlhabenden und Unternehmen konnten sich mit Unterstützung der Steuerpolitik nahezu aus der Finanzierung staatlicher Aufgaben verabschieden; der Anteil der Gewinn- und Vermögenssteuern an den Steuereinnahmen wurde in den letzten 25 Jahren halbiert.

Während die Löhne weiter sinken, nehmen gleichzeitig die Unternehmens- und Vermögenseinkommen zu: 2004 waren sie mit 30,5 Prozent Anteil am deutschen Volkseinkommen so hoch wie zuletzt 1971. Entsprechend fiel die Lohnquote auf ihren niedrigsten Stand seit über 30 Jahren.

Reich und immer reicher

Dabei schnellten die Einkommen der Unternehmen und der Besitzer von Vermögen im vorigen Jahr um nicht weniger als elf (!) Prozent in die Höhe, der bei weitem stärkste Zuwachs seit mehr als 20 Jahren. Gleichzeitig, so die Gewerkschaft ver.di wurde millionenfach Lohnverzicht erzwungen. Es gebe immer mehr Minijobs und Niedriglöhne. Und weiter: „Die Lohnkosten sind im letzten Jahr kräftig gefallen.



Im Verhältnis zur Wertschöpfung sind sie geradezu abgestürzt. Noch nie in den letzten Jahrzehnten war die reale Lohnkostenbelastung der Wirtschaft so niedrig. Noch nie haben die Unternehmer an ihren Beschäftigten so viel Geld verdient!“

Die Behauptungen aus Wirtschaft und Politik, die Arbeitskosten seien in Deutschland so hoch und der Standort sei für Kapitaleigner unattraktiv, werden dabei durch die Wirtschaftsbilanzen der Bundesrepublik ad absurdum geführt.

Neben immer neuen Spitzenleistungen der Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Wertschöpfung brachte das Jahr 2004 auch neue Rekorde bei Export, Import und Exportüberschuss. Die Politik der neoliberalen Allparteienkoalition in Deutschland trägt so Jahr für Jahr schönere und größere Früchte – für die oberen Zehntausend.

Helge Swars

Anzeige

Was verbiNDet Linke?



**ND – Ihr linkes Forum.
Bestellen Sie jetzt
»Neues Deutschland«
im 100-Tage-Abo für
40,00 Euro!**

Während des Zustellzeitraumes erhalten Sie von uns Informationen zum weiteren Bezug, einschließlich Rabatt und Sonderkonditionen. (DM-FA-AA-W05M3)

Neues Deutschland, Aboservice – ab 01.11.2005 Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Tel: (030) 293 90-800 • E-Mail: aboservice@nd-online.de • www.neues-deutschland.de

Überwachung und Fußball WM Unangenehme Freunde

Zu Fußball WM 2005 gibt sich Deutschland weltoffen und tolerant. Im krassen Gegensatz zu diesem strahlenden Image stehen die Durchführungen der Ticketvergabe und Überwachungspläne während der WM.

Bevor man Kunde wird: Daten verkaufen

Wer bei WM-Fußballspielen 2006 live dabei sein will, muss nicht nur technisch auf der Höhe der Zeit sein und online buchen und überweisen, der Fan von heute sollte auch eine Mastercard besitzen, die einzige akzeptierte Kreditkarte. Er sollte freigiebig sein, insbesondere mit seinen Angaben zur Person, denn wieso sonst sollte man zu einem schlichten Kartenkauf neben Name, Anschrift, Nationalität, Geschlecht, Geburtsdatum, Ausweisnummer (Für Kinder soll ein Ausweis beantragt werden), E-Mail-Adresse, Fax, Telefonnummer und Lieblingsverein („Fan von“) angeben?

Der Sicherheit diene all dies, erläutert die offizielle Ticket-Website. Doch die erhobenen Daten sind wenig sicherheitsrelevant. Wofür sie benötigt werden könnten, zeigt sich - wenn man sich denn beim Glücksspiel um die Karten anmeldet - unter dem Kapitel „Einwilligung in die werbliche Nutzung der Daten“. Werbliche Nutzung, das bedeutet Werbung und zur Marktforschung, Übermittlung zu eben diesen Zwecken an offizielle Partner der WM und auch an ausländische Sponsoren.

Nachdem Datenschutz- und Fanorganisationen gemeinsam Sturm gelaufen sind, wird inzwischen auf die Freiwilligkeit dieses Kreuzchens hingewiesen. Dank der vielen zustimmungspflichtigen Regelungen - „Allgemeinen Ticket-Geschäftsbedingungen“, „Verkaufsrichtlinien“ „Datenschutzbestimmungen“ - und der Verknüpfung von „Informationen vom DFB“ mit der Zustimmung wird die Mehrzahl der BestellerInnen dennoch zustimmen, um die

Chance auf Karten nicht zu verringern. Nachdem man all dies durchlaufen hat, willigt man auch gerne „unwiderruflich und für alle gegenwärtigen und zukünftigen Medien ein in die unentgeltliche Verwendung seines Bildes und seiner Stimme“ - nach einer Kartenbestellung hat man ohnehin viel Persönliches preisgegeben, da kann auch die Verwendung des eigenen Bildes in der nächsten weltweiten Werbekampagne nicht mehr schrecken.

Fans im Fadenkreuz

Die Personalisierung, also die eindeutige Zuordnung der Karten zu einem Menschen soll den Schwarzmarkt bekämpfen, „unberechtigte Doppelintritte“ verhindern und unerwünschte Personen, die beispielsweise als Hooligans bekannt sind, von den Stadien fernhalten. Für all dies sei auch der Einsatz der RFID-Chips, die auf den Tickets implementiert sind, erforderlich. Auf den Chips sollen keine persönlichen Daten gespeichert werden, sondern nur ein Schlüssel zu diesen, der dann dennoch jede Person mit Hilfe der im Hintergrundsystem gespeicherten Daten z.B. am Stadionsdrehkreuz eindeutig identifiziert. Dass die RFID-Chips aber nicht nur eine Identifikation am Eingang gewährleisten - was auch eine schlichte Ausweiskontrolle unaufwendiger und billiger könnte, sondern die bereits Big-Brother-Award gekürten „Schnüffelchips“

auch komplette Bewegungsprotokolle aller StadionsbesucherInnen möglich machen, wird dezent verschwiegen. Eine Personalausweiskontrolle behält man so konsequenterweise auch zusätzlich vor - Kameraüberwachung ist bei großen Fußballspielen ohnehin obligatorisch.

Wahrscheinlicher als die angeführten Gründe ist, dass die WM als großes Testfeld und gleichzeitig als Akzeptanzbeschaffer zum Einsatz der RFID Technik dienen soll. Fußball wäre

nicht zum ersten Mal Vehikel zur Einführung eines staatlichen Überwachungsinventars, dass später auch in Gesetze gegossen wird. Wir erinnern uns: Ausreiseverbote, die mit der „Hooligan-Verordnung“ aus dem Jahre 1998 erstmals möglich wurden, machten schon drei Jahre später als „Datei Gewalttäter“ Karriere, um PolitaktivistInnen die Ausreise nach Genua zu verwehren.



Das Szenario eines Festivals der Überwachung scheint nicht mehr aufzuhalten.

Kritik an der „Orwell-Arena“ wurde reichlich geübt, doch die Reaktionen sind minimal - sowohl auf Seiten der Fifa als auch auf Seiten des „offiziellen Partners“: Dem Innenministerium der Bundesrepublik Deutschland.

Astrid Papendick

JD/JL unterstützen die Kampagne von amnesty international:

Nein zur Folter – Ja zum Rechtsstaat

In Deutschland mehren sich die Stimmen, die dem Staat in bestimmten Ausnahmesituationen das Recht zugestehen wollen, Folter anzudrohen und anzuwenden. Folter ist nach deutschem wie nach Völkerrecht absolut verboten, selbst

in Zeiten von Notstand, Krieg oder besonderer Gefahr. Kein Zweck, keine Absicht, ein anderes Rechtsgut schützen zu wollen - und sei es das Recht auf Leben - rechtfertigt Folter. Denn Folter verletzt die Menschenwürde. Diese darf der Staat nicht antasten, das ist die Grundlage unseres Rechtsstaats. Trotzdem: Weite Teile der Bevölkerung wie auch einige PolitikerInnen und JuristInnen wollen Folter in

Einzelfällen zulassen. Neben Kindesentführung ist hier der „Krieg gegen den Terror“ das Stichwort. Dieser Entwicklung treten wir entschieden entgegen. Die Unantastbarkeit der Menschenwürde bleibt sein Fundament. Bekämpft allen Tendenzen zur Aufweichung des absoluten Folterverbotes und zur Relativierung der Menschenwürde!

Kriminalisierung von Kunst

Bundesregierung vs. Dosen, die 2te

Marginalisierung und Repression gegenüber Randgruppen ist in Zeiten leerer Sozialkassen ein beliebtes Mittel um das „Schaufenster Stadt“ rauszuputzen. Besondere Aufmerksamkeit wird in diesem Zusammenhang nun auch der Writerszene zu Teil. Durch verstärkte Überwachung und Verschärfung der Rechtslage soll die Kunst aus der Dose der Zensur anheim fallen.

Dies soll in zwei Schritten geschehen: Zunächst muss man die Graffiti-KünstlerInnen erwischen, um sie dann im nächsten Schritt ordentlich bestrafen zu können.

Ersteres soll des Nachts mit Hilfe von Wärmebildkameras an BGS-Hubschraubern geschehen. Die PilotInnen kommandieren aus der Luft patrouillierende Streifen, die die sog. Abweichler festsetzen sollen. Diese Art der Überwachung ist rechtswidrig, da völlig unverhältnismäßig. Sie stellt einen schwerwiegenden Eingriff in das Persönlichkeitsrecht aller Stadtbewohner dar, die von der Wärmebildkamera, in welcher Situation auch immer, abgefilmt werden. Durchaus erwähnenswert ist darüber hinaus, dass eine Hubschrauber-Flugstunde 1.234 € kostet. Gleichzeitig werden vor dem Hintergrund des so genannten Sparzwanges, legale Graffitiwände, Kultur- und Jugendangebote wegrationalisiert. Die soziale Lösung des „Problems“ gerät, wie üblich, gegenüber dem repressiven Ansatz ins Hintertreffen.

Im zweiten Schritt müssen die festgesetzten SprayerInnen mit der „vollen Härte des Gesetzes“ bestraft werden. Dafür wurde nun der

§ 303 „Sachbeschädigung“ des Strafgesetzbuches ergänzt. Bisher galt eine Sache als im strafrechtlichen Sinne beschädigt, wenn „ihre Substanz nicht nur unerheblich verletzt“ wurde. Dies führte laut Graffiti-kritischen Stimmen in der Vergangenheit immer wieder dazu, dass die SprayerInnen zwar den angerichteten Schaden zivilrechtlich wiedergutmachen mussten, aber darüber hinaus ohne Strafe davongekommen wären. Grund: Die Substanzverletzung an Objekten hätte zumeist nicht oder nur mit kostspieligen Gutachten nachgewiesen werden können. Dies ist falsch. SprayerInnen wurden auch in der Vergangenheit in großer Zahl mit der Zahlung einer Geldstrafe und im Wiederholungsfall mit Freiheitsstrafen bis zu 3 Jahren bestraft. Die Begründung zur Ausdehnung des Tatbestandes ist somit nicht mehr als fadenscheinig.

Nach der Gesetzesänderung heißt es: „Ebenso wird bestraft, wer unbefugt das Erscheinungsbild einer fremden Sache nicht nur unerheblich und nicht nur vorübergehend verändert.“ Diese Novelle ist als ein faktischer Eingriff in das Grundrecht auf Kunstfreiheit gemäß Art. 5 III GG anzusehen, indem sie einer pauschalen Illegalisierung von Graffiti gleichkommt und somit zur gänzlichen Abschaffung einer Kunstform führt. Die



Novelle ist somit rechtswidrig. Überflüssig ist sie zudem: So lag das „Problem“ nicht in der fehlenden Schärfe der ehemaligen Gesetzeslage, sondern in der Aufklärung der Taten. Des Weiteren zeigen die Statistiken, dass sich StraftäterInnen im Allgemeinen auch bei erhöhter Gefahr der Bestrafung nicht von der Tat abhalten lassen. Dies ist logisch, denn wer begeht schon eine

Straftat mit der Erwartung erwischt zu werden? Eine höhere Kontrolldichte müsste also geschehen, ist aber wie dargelegt, rechtswidrig, da unverhältnismäßig. Die Lösung liegt also einmal mehr in der Alternative: Es bedarf einer vernünftigen Finanzierung von Jugend- und Kultureinrichtungen. Das wäre eine realpolitische Lösung, um einem angeblichen Problem zu begegnen. Vor dem Hintergrund eines allgemeinen Freiheitsrechtes ist aber eine andere Lösung angesagt: Let's tag the world. Reclaim the streets!

Phillip Hofmann

Kommentar

Mit 50 fängt das Leben doch erst an...

Nach Jahren der militärischen Enthaltsamkeit, ist Deutschland wieder kriegsfähig. Ein besseres Geschenk zum 50. Geburtstag konnte die rot-grüne Bundesregierung der Bundeswehr gar nicht machen, eine schlechtere Atmosphäre für Antimilitarismus und Pazifismus gar nicht schaffen.

Zu ihrem 50. Jubiläum wird allerorten festgestellt, die Bundeswehr genieße eine nie da gewesene Akzeptanz unter der deutschen Bevölkerung und stehe mitten in Gesellschaft. Dies erklärt sich zum Teil aus der Imagekampagne der letzten Jahrzehnte, denn das Bild des „Staatsbürgers in Uniform“ lässt die Bundeswehr sympathischer erscheinen. Dass die Bundeswehr wieder gesellschaftlich anerkanntes Mittel außenpolitischer Machtgewinnung ist, verdankt sie jedoch der rot-grünen Bundesregierung.

„Ich habe hier eine Armee und ich werde sie gebrauchen!“ Der Ruf nach der internationalen Verantwortung Deutschlands wurde von Rot-Grün, erstmals im Kosovo Krieg 1999 vernommen. Dass dieser Ruf Widerhall des eigenen Großmachtgekläffes war, wurde von der absurden Rhetorik „Nie wieder Auschwitz“ übertönt.

Die Anschläge vom 11. September 2001 schließlich eröffneten der rot-grünen Regierung das Tor zur Welt: Im Rahmen der globalen Terrorbekämpfung sind auch jetzt noch ca. 2600 SoldatInnen in Afghanistan im Einsatz. Damit das auch so bleibt, will Verteidigungsminister Struck noch vor dem möglichen Abgang der Regierung eine Verlängerung und Ausweitung des Bundeswehreinsetzes erwirken.

Schön, dass man da auch gleich das passende, zeitsparende Werkzeug zur Hand hat: Das Parlamentsbeteiligungsgesetz vom 18. März 2005. Dieses erlaubt der Regierung bei der Verlängerung von humanitären Auslandseinsätzen und Einsätzen „geringer Intensität und Tragweite“ ein vereinfachtes Zustimmungsverfahren zu nutzen. Wenn sich innerhalb einer Woche nicht 5% des Bundestages für eine Befassung einsetzen, wird dies als Zustimmung gewertet. Da drängt sich die Frage auf: Ist den herrschenden Parteien das Kriegsgeschäft zu banal oder wird schon soviel Krieg geführt, dass sie mit den Beschlüssen nicht mehr hinterher kommen? Nun ja. Die Welt ist groß. Das kann schon viel Arbeit werden.

Die Bundeswehr als „Armee im Einsatz“ - schneller, besser, tödlicher Mit ihren verschiedenen Auslandseinsätzen hatte die Bundesregierung eigentlich schon Fakten geschaffen. Diese Fakten mussten nur noch in Verteidigungspolitischen Richtlinien formuliert werden. Seit dem 21. Mai 2003 ist es nun amtlich, dass die rot-grüne Regierung die Bundeswehr wieder zu ihren Ursprüngen zurückführt. Dafür muss eine schlagkräftige Interventionsarmee entstehen. Das hierfür notwendige Geld in Milliardenhöhe zieht Verteidigungsminister Struck aus den Einsparungen durch den Abbau von Standorten und Streitkräften. Das im Verteidigungshaushalt verbleibende Geld soll vor allem in die „strategische Verlegbarkeit“, die „weltweite Aufklärung“ und in „leistungsfähige Führungssysteme“ investiert werden. In der zukünftigen EU-Armee wird Deutschland somit den eigenen Verfassungsvorschlägen gerecht werden können.

Von der rot-grünen militärischen Steilvorlage wird auch eine CDU-Regierung profitieren. Indiz hierfür ist zum Beispiel die ausbleibende Empörung der Bevölkerung angesichts der CDU-Wahlkampf-Pläne die Bundeswehr auch im Innern einzusetzen und so genannte „Heimatschutztruppen“ einzuführen. So schwarz sieht es aus, wenn die Bundeswehr in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist - nach sieben Jahren rot-grüner Regierung ist die Bevölkerung Deutschlands reif für Kriege und offene Militarisierung à la CDU. Da kann man wirklich nur einer gratulieren - der Bundeswehr.

Vera Wallrodt

Kommentar Deutschland, du Opfer!

Vom Gedenktag zur Landung in der Normandie, an dem erstmals ein deutscher Kanzler teilnahm bis zum „Fest der Demokratie“ am 8. Mai wurde sich besonders dieses Jahr mit dem Nationalsozialismus beschäftigt, dabei ist nicht Alles gut gemeinte gleich gut.

In den Medien, zum Beispiel bis zum 8. Mai in einer täglichen Serie der Süddeutschen Zeitung, kamen vor allem die deutschen „Opfer“ vor. Guido Knopps populäre History-Reihe, die in den 90ern mit Serien wie „Hitler – Eine Bilanz“ und „Hitlers Helfer“ Geschichtsunterricht massenkompatibel und fernsehreif machte, widmete sich im neuen Jahrtausend vor allem den deutschen „Vertriebenen“ und Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Dies wurde auch allgemein als Novum dargestellt, so als ob die Beschäftigung vor allem mit den deutschen Toten nicht schon seit dem Ende des Krieges Usus wäre. Die seit den 20ern alljährlich begangenen Volkstrauertage gedenken unterschiedslos aller Opfer des Krieges. Im Bundestag wird an diesem Datum neben der deutschen Nationalhymne das Lied „Der gute Kamerad“ gespielt. Die Verdrängung der deutschen Kriegsschuld und der Tatsache, dass nicht nur Hitler und seine fünf Freunde den Holocaust verursacht haben, ist also nichts Neues.

Die Brutalität des deutschen Vernichtungskrieges und des Holocaust werden von der bürgerlichen Öffentlichkeit zwar wahrgenommen, aber mit den deutschen Verlusten, den Heimatvertriebenen, den Kriegsgefangenen, den vergewaltigten Frauen und den Bombenopfern aufgerechnet und auf eine Stufe gestellt. Die Singularität von Auschwitz und der Fakt der Kriegsschuld werden so nivelliert, irgendwie waren ja alle Opfer, irgendwie sind alle in diesen Krieg reingeschlittert und nachher gab es ein böses Erwachen auf allen Seiten.

Am 13. Februar vor 60. Jahren wurde Dresden von der britischen Royal Air Force bombardiert. Eine Bombardierung wie viele andere, möchte mensch meinen. Die Art und Weise, wie seitens der Zivilgesellschaft und der Nazis mit diesem Datum umgegangen wird, zeigt wie deutsches Geschichtsgedächtnis funktioniert. Im offiziellen Gedenken der Stadt Dresden wird vor allem der Opfer der Bombardierung gedacht, die als unnötig, grausam und im Endeffekt als Kriegsverbrechen dargestellt wird. Damit wird, bewusst oder unbewusst Nazi Propaganda übernommen: Dresden wird als militärisch unwichtige Kulturstadt dargestellt, die Opferzahlen werden verzehnfacht und Hetzjagden auf Zivilisten durch Bomber erfunden, die rein technisch gar nicht möglich gewesen wären. Vergessen wird, dass Dresden der Verkehrsknotenpunkt für die Ostfront und die Deportation war. Die deutsche Schuld, von den Nazis geleugnet, wird von der deutschen Zivilgesellschaft anerkannt. So kann mit dem guten Gewissen, aus der Geschichte gelernt zu haben, England vorgeworfen werden, dass sie sich nicht genug mit den eigenen Kriegsverbrechen auseinandersetzen. Als die Queen vor kurzem Deutschland besuchte, wurden Stimmen laut, die von ihr eine Entschuldigung für den 13. Februar forderten. Mit diesem guten Gewissen und Geschichtsverständnis fällt es natürlich auch nicht schwer, für Deutschland einen Sitz im UN-Sicherheitsrat zu fordern: Denn wer seine „Auschwitz-Lektion“ gelernt hat, kann anderen Staaten ihr „Auschwitz“ unter die Nase reiben und dabei das moralisch beste Gewissen haben, wie am Beispiel der Türkei und dem Massaker an den Armeniern schon im Bundestag passiert. Am deutschen Wesen soll die Welt genesen?

David Waldecker

Nazis machen auf sozial? Das Konzept Volksgemeinschaft

Nazis treten auf Montagsdemos auf, sie fordern die Quittung für Hartz 4. Was ist dran an nationalem Sozialismus und Volksgemeinschaft und wo sind die Unterschiede zu bürgerlichen Sozialstaatskonzepten?

Nazis stellen sich auf Demos als Gegner der aktuellen Sozialkürzungen dar. Manche freien Kameradschaften bezeichnen sich sogar als „antikapitalistisch“ und laufen mit Slogans wie „Sozialismus ist braun“ auf Demos mit. Sie verstehen sich als legitime Vertreter des Volkszorns gegen „die da oben“. Bei näherer Betrachtung fällt auf, dass diese Nazi-Konzepte noch repressiver als die Bürgerlichen sind und den Arbeitswahn nur auf die Spitze treiben.

Dabei ist eben der nationale Sozialismus nicht Teil einer strategischen Täuschungskampagne der Nazis, im Gegenteil, sie meinen es ernst. Sozialismus heißt für sie nicht etwa, die Funktionsweise des Kapitalismus an sich anzugreifen. Stattdessen werden abstrakte Prozesse dem böswilligen Handeln von Individuen oder Gruppen zugeschrieben. Der Zwang zur Produktion in der Konkurrenz führt zwangsläufig dazu, dass auf eine menschen- und umweltunwürdige Art produziert wird. Dieses Problem

wird von Nazis aber nur einem angeblich existierenden „Internationalen Finanzkapital“ oder ähnlichen Konstrukten konstatiert, mit denen meist nichts anderes gemeint ist als „die Juden.“ Ein anderer Begriff dafür ist der des „raffenden“ Kapitals, das hauptsächlich in der Zirkulationssphäre angesiedelt sei, maximale Profitgier aufweise und dadurch etwa für die Vernichtung von Arbeitsplätzen verantwortlich sei. Dem wird ein angeblich „schaffendes“ deutsches Kapital gegenüber gestellt, das in der Produktionssphäre verortet und als ehrlich und auf das Gemeinwohl orientiert angesehen wird.

National heißt für sie Ausschluss und in der Konsequenz Vernichtung alles Fremden. Ihr Konzept „Volksgemeinschaft“ vereinigt Individuum und Staat. Eine konstante Bedrohung durch ein halluziniertes Fremdes erzeugt Zusammenhalt. Der deutsche Staat wird als Krisenlöser und als Identifikationsobjekt angerufen. Interessen- und Klassenunterschiede, zum Beispiel Konflikte zwischen ArbeitgeberInnen und -nehmerInnen, gehen im gemeinsamen Ziel des Überlebens des „deutschen Volkes“ auf und werden autoritär befriedet. Der Staat kümmert sich darum, dass es für jeden Deutschen Arbeit gibt. Menschen, die nicht als deutsch angesehen werden, werden „rückgeführt“

oder einfach dem völkischen Mob überlassen. Arbeitslose sollen durch Arbeitsbeschaffungsmassnahmen und im Endeffekt Arbeitslager „in Arbeit gebracht“ werden. Entwicklungen, die Nationalstaaten und Kapitalismus per se mit sich bringen, werden per anti-amerikanischem, anti-semitischem und rassistischem Ticket personalisiert und können so als nicht-deutsch vorgestellt werden. Amerika wird als Hort der Moderne, des jüdischen Finanzkapitals angesehen. Deutsche und ihre Arbeit erscheinen hingegen ehrlich und bodenständig. MigratInnen erscheinen als Schmarotzer, die zu faul und zu dumm zum arbeiten seien. Menschen, die auf Grund von Krankheit oder Behinderung nicht arbeiten können, erscheinen in dieser Logik ebenso parasitär und sollen längerfristig durch Geburtensvorsorge „verhindert“ werden.

In diesem Sinne fordern die NPD und „freie Kräfte“ nicht die Erhöhung der Sozialhilfe oder des Arbeitslosengeldes. Sozialismus heißt für sie, alles zu vernichten, was einer politisch und kulturell homogenen Volksgemeinschaft im Weg steht.

Sarah Wasserburg (AK Antifa Mainz)



Studentenverbindungen als Kaderschmiede für die NPD Ein Bund für's Leben

Mehrere ehemalige Burschenschafter arbeiten inzwischen für die NPD-Fraktion im sächsischen Landtag. Insbesondere Mitgliedsbünde der Deutschen Burschenschaft fallen wegen Kontakten zur organisierten und freien rechtsextremen Szene auf.

Mit dem Einzug der NPD in den sächsischen Landtag ist die Mitarbeit verschiedener rechter Burschenschafter in der NPD in den Fokus der Medienberichterstattung gerückt. Das wohl prominenteste Beispiel für diese Zusammenarbeit ist der ehemalige Giessener Student Jürgen W. Gansel, der im sächsischen Landtag mit seiner Rede vom „Bombenholocaust“ für einen Eklat sorgte.



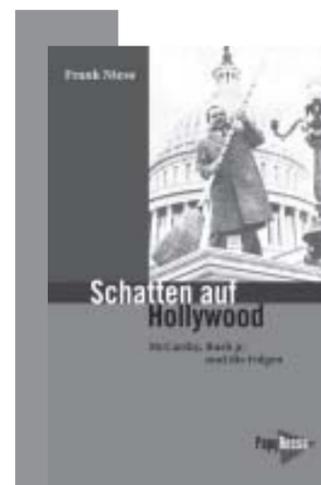
Während der hessische Verfassungsschutz von „Intellektualisierungsübungen“ spricht und eine neue „neue Qualität“ der Zusammenarbeit zwischen Burschenschaften und NPD ausmacht, haben AntifaschistInnen schon lange darauf hingewiesen. Seit Jahren stehen verschiedene Burschenschaften immer wieder wegen ihrer Zusammenarbeit mit Rechtsextremen und Neonazis in der Kritik. In München war es zum Beispiel die Burschenschaft Danubia, die Anfang 2001 sogar den Bayerischen Innenminister Beckstein dazu veranlasste vor einer zunehmenden Unterwanderung von Hochschulen durch RechtsextremistInnen zu warnen. Zuvor hatten Danuben in ihrem Verbindungshaus den rechten Schläger Christoph Schulte versteckt, der wegen eines brutalen Überfalls auf einen Griechen polizeilich gesucht wurde. Im November 2004 sorgte andernorts eine Burschenschaft für Aufsehen: die Kasseler Germania hatte den Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger zu einem Vortrag auf ihr Haus eingeladen.

Im Sächsischen Landtag zählen unter anderem Stefan Rochow, Arne Schimmer, Karl Richter, Holger Szymanski und Andreas Molau zu den Mitarbeitern der NPD Fraktion. Stefan Rochow und Arne Schimmer gehören beide, wie Jürgen W. Gansel, der Giessener Burschenschaft Dresdensia-Rugia – inzwischen als Alte Herren – an. Der 1961 geborene Karl Richter kam in den 80er Jahren über die Münchener Burschenschaft Danubia zu den Republikanern und zählt heute zum Urgestein der rechtsextremen Szene. Holger Szymanski war seinerzeit aktiv in der Dresdner Burschenschaft

Cheruscia. Andreas Molau wurde während seines Studiums Mitglied der Deutschen Hochschulgilde Trutzbürg Jena zu Göttingen und war als Autor für die Burschenschafter-Zeitung Göttinger Zirkel tätig. Bei näherer Betrachtung der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag wird schnell deutlich, dass es nicht einfach nur zufällige personelle Überschneidungen zwischen Mitgliedern verschiedener Burschenschaften und der NPD gibt. Vielmehr fungieren heute verschiedene Burschenschaften, hauptsächlich aus dem Spektrum der Deutschen Burschenschaft, als Kaderschmieden für die NPD.

Tjark Sauer

Anzeige



Frank Niess: Schatten auf Hollywood McCarthy, Bush jr. und die Folgen Broschur, 247 S., EUR 16,90

Im Kalten Krieg wurden in den USA hunderte Filmemacher - wie zehntausende andere politisch Missliebige - um ihre Jobs gebracht und auf schwarze Listen gesetzt. Unerbittlich verfolgte der Senator McCarthy jeden, der „unamerikanischer Umtriebe“ verdächtig war. Aber Hetzkampagnen, Hexenjagden, fremdenfeindliche Repressalien gab es schon vorher - und danach, wie nicht zuletzt die Sicherheitsgesetze von Präsident Bush jr. zeigen



Georg Fülberth: G Strich Kleine Geschichte des Kapitalismus Hardcover, 316 S., EURO 19,80

Was ist das, wovon alle reden: Kapitalismus? Einer Begriffsbestimmung, bei der Karl Marx mit seiner Formel G-W-G' recht gut wegkommt, folgt ein historischer Abriss vom Handelskapitalismus bis zum Neoliberalismus. Diese Darstellung umfaßt auch die jeweiligen gesellschaftlichen Gegenbewegungen. Abschließend wird die Frage gestellt nach dem möglichen Ende der Gesellschaftsordnung

Interview mit Yiannis Bournous “Inaction is a weapon of mass destruction...”

Yiannis Bournous ist Vorstandsmitglied von Neolaia Synaspismou, der griechischen Partnerorganisation von JD/JL in ENDYL (European Network of Democratic Young Left) und dort Verantwortlicher für das Ressort “Soziale Bewegungen – Internationale Angelegenheiten. Er ist als Mitglied der Koordinationsgruppe an der Organisation des nächsten Europäischen Sozialforums (ESF), das im April 2006 in Athen stattfinden wird, beteiligt.

tendenz: Du bist mit deiner Organisation an der Vorbereitung des nächsten ESF beteiligt. Was wird deiner Meinung nach das Besondere am ESF in Athen werden und von welchen Fehlern in der Vergangenheit hat deiner Meinung nach die Vorbereitungsgruppe gelernt?

Die europäischen sozialen Bewegungen sind nach nunmehr drei Jahren ESF-Erfahrung erwachsener geworden. Wir versuchen sowohl die Vorteile als auch die Fehler der Vergangenheit in den Vorbereitungsprozess des ESF in Athen einfließen zu lassen. Das ist keine einfache Aufgabe, da wir nicht nur gegen unsere eigenen politischen und organisatorischen Schwächen angehen müssen, sondern auch gegen Akteure in den Bewegungen, die versuchen, diesen Prozess auf nationaler und internationaler Ebene zu vereinnahmen.

Um genauer zu sein: Unser Ziel als Neolaia Synaspismou ist im griechischen Vorbereitungscommittee alles dafür zu tun, dass das vierte ESF grundlegend anders wird als die Entwicklung, die in London verfolgt wurde. Wir wollen einen ESF-Prozess, der offen, integrativ, transparent und demokratisch ist. Ein solcher Prozess kann sehr “attraktiv” für alle antineoliberalen Strömungen und sozialen Bewegungen Europas werden. Dementgegen hat der Prozess, wie er von dem Londoner Vorbereitungscommittee vorangetrieben wurde, viele Strömungen, Organisationen und lokale Gruppen ausgeschlossen und damit das ESF zu einem undemokratischen, “glamourösen” aber nicht sozialen Event gemacht.

Im Rahmen dieses Öffnungsversuches werden wir – auf einer technischen Ebene – das Element der Freiwilligkeit stärken und das Budget kürzen, um die Teilnahmegebühren für alle so gering wie möglich zu halten. Außerdem werden wir einen Fokus auf die Organisation verschiedenster kultureller und Graßwurzelaktivitäten innerhalb des ESF legen, um sicherzustellen, dass es kein “ausnahmslos” politisches Event wird. Ein gutes Beispiel hierfür ist unser Plan für eine “Straße der Sozialen Bewegungen”, welche ein großer, bunter und “warmer” gemeinsamer Ort innerhalb des ESF sein soll – offen für alle politischen, sozialen und kulturellen Bewegungen, die nach

Athen kommen werden. Es soll Treffpunkt sein, um Erfahrungen und Kulturen auszutauschen und für internationale Solidarität einzutreten.

tendenz: Warum ist das ESF deiner Meinung nach für die Europäische Linke so wichtig und welches ist die wichtigste politische Aufgabe für das kommende ESF?

Die Entstehung der globalisierungskritischen Bewegungen bietet die Möglichkeit der Wiedergeburt einer Vision für die politische Linke; nicht für eine konkrete Vision – denn heute gibt es keine “Gewissheiten” für die Linke – vielmehr für ein allgemeines Set an Werten und neuer Vorschläge für die Zukunft der Welt.

Die Bewegungen haben neue horizontale Strukturen, neue politische Kulturen, Methoden und Aktionen hervorgebracht, um die traditionelle politische und organisatorische Agenda der politischen Linken zu durchbrechen. Denn diese war auf eine bestimmte Art und Weise zu sehr Formalitäten, technischen Prozeduren und Stereotypen verhaftet, verursacht durch ein generelles Gefühl der Niederlage in den ‘90er Jahren.

Das führte dazu, dass große Teile der Europäischen Linken ihr Verhalten gegenüber den neuen sozialen Bewegungen veränderten und die Beziehung zwischen politischen

Fortsetzung auf Seite 8



Die EU-Dienstleistungsrichtlinie Liberalisierung²⁵

Der Entwurf für die EU-Dienstleistungsrichtlinie ist ein Angriff auf alle Sozialstandards sowie auf den Umwelt- und Verbraucherschutz im Dienstleistungssektor. Bundeskanzler Schröder und der französische Premier Chirac haben sich auf Europaebene erfolgreich gegen den Beschluss der Richtlinie gewehrt. Wie es mit dieser weitergeht ist derzeit unklar.

So ähnlich wie das GATS-Abkommen der Welthandelsorganisation soll die EU-Richtlinie die Deregulierung der Dienstleistungen vorantreiben. Erklärtes Ziel ist der Ausbau von Handelsfreiheit und der Abbau von Bürokratie. GegnerInnen kritisieren die Aushehlung der Sozialstandards und der demokratischen Kontrolle.

Problematisch ist vor allem die Einführung des Herkunftslandprinzips. Danach sollen für einen Betrieb im Dienstleistungssektor nicht mehr die örtlichen Regeln und Gesetze, sondern nur noch die des Herkunftslands zählen. Dienstleistungsbetriebe sind nicht nur

Reinigungs- und Baufirmen, sondern auch Gas-, Strom- und Wasserwerke, Universitäten und Krankenhäuser sowie gemeinnützige Organisationen. Dies führt dazu, dass Regelungen zu Lärm, Schadstoffen, Qualität von Produkten oder Arbeitsbedingungen nicht mehr dort beschlossen werden, wo sie Anwendung finden. So lässt sich ein Firmensitz ohne größere Schwierigkeiten mittels einer Briefkastenfirma in das Land mit den angenehmsten und das heißt niedrigsten Standards verlegen. So wäre bei Inkrafttreten dieser Richtlinie erst eine Mischung der verschiedensten nationalen Regelungssysteme zu erwarten, bis aufgrund des Standortwettbewerbs um Firmensitze (oder sogar durch die rechtliche Erstreitung einzelner Unternehmen oder Branchen von gleich schlechten Standards) sich diese EU-weit auf dem niedrigst möglichen Niveau einpendeln – ein rasant beschleunigter „race to the bottom“.

Darüber hinaus sollen nach dem Willen der Wirtschaftsverbände auch staatliche Einschränkungen der Vertragsfreiheit selbstän-

diger Dienstleistungserbringer verboten werden. Eine effektive Bekämpfung von Scheinselbständigkeit, durch die Arbeitgeber von eigentlich abhängig Beschäftigten Arbeitnehmerrechte und Sozialabgaben umgehen, wäre so unmöglich. Selbst Vorschriften über die Aufbewahrung von Sozialversicherungsunterlagen sollen künftig verboten sein – es läge nur noch am guten Willen ausländischer Unternehmen, ob sie die Sozialversicherungsbeträge zahlen oder das Geld behalten und ihre Mitarbeiter lieber schwarz beschäftigen, denn kontrollieren könnte man es nicht mehr.

Auf dem EU-Frühjahrgipfel 2005 blockierten Bundeskanzler Schröder und Staatspräsident Chirac noch die Richtlinie und gaben vor, sich für den Erhalt der sozialen Sicherungssysteme einzusetzen. Doch eine grundsätzliche Überarbeitung inklusive der Streichung des

Herkunftslandprinzips, wie Chirac es versprach, wurde bisher nicht erreicht. Während der britischen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2005 kommt die Richtlinie wieder auf den Tisch. Angesichts der Krise der EU nach dem vorläufigen Scheitern der Verfassung und des Regierungswechsels in Deutschland ist es unwahrscheinlich, dass die Richtlinie im Rat abgelehnt wird. Doch auch eine endgültige Ablehnung im Europäischen Parlament könnte sie zu Fall bringen.

Geraldine Hohn

Fanshop & Infomaterial

Folgende Materialien könnt ihr in der Bundesgeschäftsstelle bestellen. Ausfüllen, ausschneiden und abschicken!

- Infopakete
- Mit vielen Flugblättern, verschiedenen Zeitungen und Plakaten.

tendenz
Zu folgenden Schwerpunktthemen sind tendenzen beziehbar:

- Europa und Soziale Bewegungen
- Antimilitarismus
- Globalisierung
- Innere Sicherheit
- Antifaschismus
- Kritik an der ‚wehrhaften Demokratie‘
- Rüstungsexporte und Menschenrechte
- Asylrecht
- Gegen Arbeitszwang
- Europa
- kein mensch ist illegal
- Privater Reichtum - öffentliche Armut

„Mit Sicherheit rassistisch“

- Flugblatt ‚Every step you take...‘ - Aufhebung des Datenschutz für MigrantInnen
- Flugblatt ‚Keine Alternativen: § 129b StGB abschaffen!‘
- Flugblatt ‚Ich weiß, wen du letzten Sommer unterstützt hast... Datenschutz ade?‘
- Flugblatt ‚(Un)Heimlich rassistisch - der permanente Ausnahmezustand‘
- Flugblatt ‚Abschottung total - die Verschärfung des Einreise- und Ausweisungsrechts‘
- Flugblatt ‚Residenzpflicht abschaffen!‘
- Aufkleber ‚Mit Sicherheit rassistisch!‘

„GATS stoppen!“

- Faltblatt ‚Public services under public control!‘
- Plakat ‚Public services under public...‘
- Faltblatt ‚GATS macht durstig‘
- Faltblatt ‚GATS macht dumm‘
- Aufkleber ‚GAT macht's durstig‘
- Aufkleber ‚GATS macht durstig‘
- Aufkleber ‚GATS macht dumm‘

„deportation class“

- Sondertendenz Antirassismus
- Faltblatt ‚boarding information - Was tun bei Abschiebungen im Flugzeug?‘
- Faltblatt ‚Die schönsten Ziele in der deportation class‘
- Faltblatt ‚Lufthansa Unternehmensbericht. Das Geschäft mit der Abschiebung‘
- Plakat ‚deportation class‘ (0,50 Euro)

Handbücher

- Stoffkunde - Drogen: Was wirkt wie und warum (7 Euro)
- kein mensch ist illegal - Handbuch gegen Abschottung & Ausgrenzung (3 Euro)
- Gegen Arbeitszwang und Billigjobs (2 Euro)
- Freiheit stirbt mit Sicherheit! Handbuch gegen Überwachung (3 Euro)
- Tipps und Tricks für den radikaldemokratischen Alltag (2 Euro)
- Broschüre gegen Totschlagargumente - Argumente gegen Jugendoffiziere (1,50 Euro)

- Give the feministe a cigarette - Feminismushandbuch (4 Euro)

Aus den Landesverbänden

- Schlagloch - Zeitung des Landesverbandes NRW
- Zündstoff - Zeitung der Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz
- blatt - Zeitung des Landesverbandes Berlins
- Subversion - Zeitung des Landesverbandes Brandenburgs
- LISA-Zeitung - Zeitung der linken SchülerInnen Aktion Berlin
- RadZ - Radikaldemokratische SchülerInnenzeitung des Bundesverbandes

Flug- & Faltblätter

- ‚Die ganze Richtung passt uns nicht! - Faltblatt zum rot-grünen Sozialabbau‘
- ‚Ohne Rente sehen wir alle ganz schön alt aus‘
- Gegen repressive Innenstadtpolitik: ‚SOS‘
- Nichts zu verbergen? - Überwachung an

Hochschulen

- ‚Gegen den Irak-Krieg und das halbherzige Nein der Bundesregierung!‘
- ‚Die Verachtung völkerrechtlicher Standards - der kalkulierte Angriffskrieg‘
- Gesundheit ist keine Ware?
- Freiheit stirbt mit Sicherheit! BürgerInnenrechte verteidigen - Schilys Sicherheitsgesetze verhindern!
- Jetzt erst recht: Grundrechte verteidigen!
- Rot-grün diskriminiert und verfolgt fast genauso gut

Aufkleber

- Aufkleber ‚Horde‘
- Aufkleber ‚Gegen Jugendoffiziere‘
- Aufkleber ‚Das linke Camp zur rechten Zeit‘

T-Shirt

- ‚Die Verhältnisse zum Tanzen bringen‘ (10 Euro) Girls- oder Boys-Schnitt

Fahne

- Fahne ‚Horde‘ - S/W, 100 x 50 cm (15 Euro)

Termine ++ Termine ++ Termine

LV BERLIN

Seminar „Welthandel und Entwicklung“ | 03.-05.02.06 bei Berlin
Anmeldungen & Infos unter: info@jungdemokraten.de

Die Welthandelsorganisation feierte 2005 ihr 10-jähriges Bestehen. Knapp zwei Jahre nach den in Cancún gescheiterten Einigungsgesprächen über eine weitere Liberalisierung des Welthandels gewinnen die WTO-Verhandlungen nun wieder an Fahrt.

Im Seminar wird es schwerpunktmäßig um die auftretenden Konflikte zwischen den Industrieländern gehen. Können hohe Standards im „Norden“ und Entwicklungsziele im Süden unter einen Hut gebracht werden? Wie positioniert sich die International Labour Organisation dazu? Erschöpft sich eine linke Perspektive zum Welthandel in der Formulierung der Interessen der Entwicklungsländer? Und: kann eine reformierte WTO diesen Interessengegensätzen gerecht werden, oder gilt es sie abzuschaffen?

LV HESSEN

Go International! Diskussionsveranstaltungen mit internationalen Gästen | Nov 05 | Für Infos info@jdl-hessen.de

Der Nahostkonflikt und friedenspolitische Perspektiven
3. Novemberwoche in Frankfurt am Main

Je eine Organisation aus Israel und den besetzten Gebieten stellen ihre friedenspolitische Arbeit vor. Taayush – radikale Linke Israel und Independent Youth Union (linksdemokratische Parteijugend) diskutieren miteinander und anwesenden Interessierten über die Situation in Nahost und Perspektiven ihrer Arbeit.

Menschenrechte in Russland

4. Novemberwoche in Frankfurt am Main

Über die aktuelle menschen- und bürgerrechtliche Situation in Russland berichten AktivistInnen des Youth Human Rights Movement, Russland. Anschließend gibt es die Möglichkeit zu einer offenen Diskussion.

LV RLP

Seminar: Gleich & Sexy? | 09.-11.12.05, JH Idar-Oberstein
Anmeldung und Infos: info@jd-rlp.de

Angeblich sind Frauen und Männer inzwischen ja gleichberechtigt. So steht es im Gesetz, und die meisten halten Emanzipation für einen alten Hut. Gut, dass es so was in den 70ern gab, aber heute...? Dabei ist Emanzipation und ihre theoretische Untermauerung wichtig wie eh und je, denn alte Klischees gelten nach wie vor: Noch immer sind Jungs angeblich „von Natur aus“ wilder und technisch begabter als die schüchternen Mädchen, noch immer werden die Kinder vornehmlich von Frauen versorgt, noch immer verdienen Frauen weniger als Männer und noch immer fragt man, ob eine Frau als Kanzlerin wohl geeignet sei... Wir werden diese und andere Rollenzuschreibungen unter die Lupe nehmen und herausfinden, wie sie in unserer Gesellschaft wirken und erhalten werden. Welche sinnvollen Gegenstrategien es gibt und wie eine geschlechtergerechte Politik aussehen könnte, wollen wir gemeinsam erarbeiten.

LV NRW

Alltäglicher Faschismus? | 06.01.-08.01.06, Hagen
Anmeldungen & Infos unter: info@jungdemokratinnen.de

Von der Mär der anständigen Mitte.

Oder: Antifaschismus beginnt vor deiner Haustür!

In vorherigen Seminaren haben wir uns mit der Strukturen der Neonaziszene beschäftigt. Anknüpfend daran wollen wir uns diesmal die Frage stellen, ob und wie die rechte Ideologie, über die Szene hinaus, bis in unseren Alltag hinein wirkt. Dabei werden wir das Bild vom rechten Rand und neutraler Mitte der Gesellschaft gehörig auf den Kopf stellen - und nach Elementen rechter Denkweise mitten in der Gesellschaft suchen. Konkrete Beispiele sollen das Seminar abrunden, um die Theorien „greifbar“ zu machen. Speziell die Erfahrungen der Teilnehmer/innen sollen ihren Platz finden.

Radikal Reisen

Richtung Südafrika
Termin: 5. bis 15. Dez. 2005

Nach wie vor ist in Südafrika vielen die Teilhabe an der sich rasch wandelnden Gesellschaft versperrt. Armut, anhaltender Rassismus und eine hohe Kriminalitätsrate stellen nach wie vor zentrale Probleme für Südafrika dar. Vor diesem Hintergrund kommt zivilgesellschaftlichen Organisationen wie unseren Partnern des South African Students Congress (SASCO) eine stetig wachsende politische Bedeutung zu.

Gemeinsam mit weiteren politischen Organisationen werden wir uns auf unserer Reise mit der Geschichte und den gegenwärtigen Problemen Südafrikas auseinandersetzen und dabei nicht vergessen, auch einen kulturellen Blickwinkel auf diese Gesellschaft einzunehmen.

Mehr Infos gibt's in unserer Bundesgeschäftsstelle (Tel: 030-44 02 48 64) oder unter www.radikal-reisen.de



Auf nach Athen! Auf zum Europäischen Sozialforum!

Im April 2006 findet in Athen das 4. Europäische Sozialforum statt. JungdemokratInnen/ Junge Linke werden sich wieder mit einer Delegation am ESF beteiligen und aktiv an der Vorbereitung und Durchführung teilhaben. Im Mittelpunkt der Vorbereitungen steht der von unserer griechischen Partnerorganisation maßgeblich organisierte „Youth Space“. Dort sollen sich Jugendorganisationen aus ganz Europa und aus allen linken Spektren versammeln und gemeinsam diskutieren und Projekte entwickeln. Solltet ihr Interesse haben, am ESF teilzunehmen meldet euch in der Bundesgeschäftsstelle: bgs@jdl.org.

Und noch etwas: Wir können nicht über die Zukunft unseres Lebens, unseres Landes unseres Kontinentes und unseres Planeten sprechen ohne zur Kenntnis zu nehmen, dass WIR diejenigen sind, die über die Zukunft entscheiden. Das ist die größte Herausforderung, der wir uns stellen müssen – durch unsere aktive Beteiligung an einem Prozess, dessen Ziel es ist, das neoliberale Modell zu überwinden. erinnert euch daran, was Faithless sagen: „Inaction is a weapon of mass destruction“.

Interview und Übersetzung: Alexander Wagner

Fortsetzung von Seite 7: Interview mit Yiannis Bournous

Parteien und sozialen Akteuren neu definierten. Die Beteiligung der Rifondazione Comunista in den Genua-Prozess war meiner Meinung nach ein Durchbruch, der uns half unsere Hindernisse gegenüber der Antiglobalisierungsbewegung zu überwinden und eine „Ansteckung“ der europäischen Linken mit neuen Ideen und Praxen zuließ.

Das Aufkommen dieser neuen Ideen erzeugte neue Bedürfnisse und neue Aufgaben für die Politische Linke. Wir begannen zu realisieren, dass wir, um einen globalisierten Feind effektiver bekämpfen zu können, unsere internen „Kommunikationshindernisse“ überwinden müssen und uns gemeinsamen Kämpfen in einem größeren Maße zuwenden müssen – so wie es die sozialen Bewegungen uns gelehrt haben.

In diesem Sinne ist die Europäische Linkspartei in gewisser Hinsicht ein „Kind“ der Beteiligung der politischen Linken in den sozialen Bewegungen.

Die europäische Linke muss immer noch mit internen Behinderungen/ Begrenzungen kämpfen, die auf ideologischen Traditionen beruhen, um ihre Präsenz im ESF-Prozess zu stärken. Durch unsere Präsenz in allen ESF-

Vorbereitungstreffen von Anfang an haben wir bemerkt – und das sollten wir unterstreichen – dass selbst heute die Beteiligung der europäischen linken Kräfte geringer ist als erwartet; und das nicht nur in Bezug auf die linken Parteien sondern auch auf die linken europäischen Jugendorganisationen, die immer noch eine möglichst große Beteiligung missen lassen. Ein Ergebnis dessen ist, dass das ESF oft ein Feld der Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokratie und extremen Linken wird – ein Phänomen, das (vor allem jüngere) AktivistInnen ertäuscht und abschreckt. Das ESF in Athen ist eine gute Möglichkeit für die europäische Linke und besonders für die Jugend, politisch zu intervenieren. Das bedeutet nicht, dass wir die Bewegung kontrollieren wollen; aber wir wollen sie mit unserer realistischen aber auch radikalen politischen Perspektive „anstecken“, uns aber auch von ihrer Vielfalt und ihren Methoden „anstecken“ lassen. Wir brauchen das, und zwar sofort!

tendenz: Was macht das ESF besonders spannend für junge Linke? Warum würdest du sie ermutigen am ESF teilzunehmen?

Die Stichworte sind: Solidarität, Widerstand und Alternative.

Die Werte der sozialen

Bewegungen sind immer inspirierend gewesen – besonders für junge Leute – selbst wenn sie keine linken AktivistInnen sind, sondern nur BeobachterInnen

sozialer Auseinandersetzungen. Um erfolgreich Leute in unserem Alter zu mobilisieren ist es notwendig, ihnen zu zeigen, dass unser Slogan „Eine andere Welt ist möglich“ nicht einfach nur visionäre und inspirierende Rhetorik ist. Vielmehr ist er eine Möglichkeit, die bereits existiert: Sie beginnt mit den kleinen Dingen in unserem Leben und entfaltet sich zu einer Strategie, um die Welt demokratischer, gerechter und friedlicher zu machen. In diesem Sinne sind zum Beispiel freiwilliges Engagement für das ESF, selbst organisierte Räume, Organisieren von Aktivitäten, Austausch von persönlichen und politischen Erfahrungen und Zeit für nicht kommerzielle Unterhaltung eine Möglichkeit alternative Werte Realität werden zu lassen. Dafür können die fünf Tage ESF in Athen ein Ausgangspunkt sein.

Coupon schicken an:

JungdemokratInnen/Junge Linke, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

Ich will mehr über Euch wissen!

- Ich will aktiv werden
- Ich will Mitglied werden.
- Schickt mir die nötigen Unterlagen
- Schickt mir Euer Seminarprogramm!
- Ich möchte über Aktionen in meiner Nähe informiert werden
- Ich möchte über „radikal reisen“ informiert werden
- Ich möchte lesen. Umseitig sind meine Wünsche angekreuzt

Name, Vorname: _____
 Straße: _____
 Wohnort: _____
 Telefon: _____
 Alter: _____
 E-Mail: _____
 Tätigkeit: _____

Deine Angaben werden von uns gespeichert und nur intern an Landes- oder Kreisverbände weitergegeben. Eine Weitergabe an Dritte ist ausgeschlossen. Du kannst jederzeit über Deine von uns gespeicherten Daten Auskunft bekommen, Löschung oder Berichtigung verlangen.

Bundesgeschäftsstelle:
Fax: (030) 44 02 48 66;
E-mail: info@jdl.org

JungdemokratInnen / Junge Linke

parteionabhängig

JungdemokratInnen gibt es seit 1919 mit wechselvoller Geschichte. Bis 1982 waren JungdemokratInnen Jugendorganisation der FDP, von der man sich jedoch seit 1968 mit dem Einzug antiautoritärer und antikapitalistischer Ideen in die Theorie des Verbandes zunehmend distanzierte. Die Trennung nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition, als die FDP Kohl zum Kanzler mitwählte, stellte nur noch das Ende eines lang andauernden Prozesses dar. Seitdem sind Jungdemokraten parteionabhängig.

außerparlamentarisch

JungdemokratInnen / Junge Linke sehen - im Gegensatz zur herrschenden Ideologie - keine Möglichkeit, allein über Parlamente und Parteien tiefgreifende demokratische Veränderungen zu bewirken. Parlamente sind unserer Ansicht nach zwar demokratische Errungenschaften, doch ist ihr Einfluß begrenzt. Für uns sind Parteien von großer Bedeutung für kleine Reformen. Vertrauen verdienen sie nicht.

für radikale Demokratie

JungdemokratInnen / Junge Linke sehen in der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, d.h. in der Überwindung autoritärer und hierarchischer Strukturen, die Voraussetzung für eine selbstbestimmte Gestaltung aller Lebensverhältnisse eines jeden Einzelnen. Weil entscheidende Bereiche demokratischer Kontrolle entzogen (wie z.B. in der Wirtschaft) oder autoritär organisiert sind (wie z.B. in der Schule), kritisieren wir den undemokratischen Charakter dieser Gesellschaft und treten für ihre Veränderung ein.

für Emanzipation

JungdemokratInnen / Junge Linke setzen sich für die Emanzipation des Einzelnen und für gesellschaftliche Verhältnisse ein, die Selbstbestimmung umfassend ermöglichen. Befreiung des Einzelnen von Herrschaft und Unterdrückung und die Schaffung einer emanzipatorischen Gesellschaft sind für uns untrennbar miteinander verbunden.

Impressum:

tendenz - Magazin des Bundesverbandes und der Landesverbände der JungdemokratInnen / Junge Linke

JungdemokratInnen/Junge Linke (Bundesverband), Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin; Tel.: 030-440 248-64, Fax: -66; bgs@jdl.org, www.jdl.org

Redaktion: Stefanie Mielast (ViSdP), Alexander Adams, Florian Engel, Teresa Goepel, Phillip Hofmann, Alexander Wagner, David Waldecker, Vera Wallrodt

Gestaltung: Astrid Papendick
David Waldecker
Belichtung / Druck: Union-Druck Berlin

tendenz versteht sich als offenes Publikationsorgan der JungdemokratInnen / Junge Linke. Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung bleibt so lange Eigentum der JD / JL, bis sie der Adressatin oder dem Adressaten vollständig ausgehändigt ist. tendenz kostet im Abo 4,- € pro Jahr. Im Mitgliedsbeitrag von JD/JL ist dieser Betrag bereits enthalten.